

**PM: Bundesstudierendenvertretung entsetzt über
Wohnkostenbelastung von Studierenden**

29.08.25

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Am Mittwoch, den 27. August, veröffentlichte das Statistische Bundesamt Zahlen zu der aktuellen **Wohnkostenbelastung** von Studierenden und Auszubildenden. Demnach geben Studierende mit eigener Haushaltsführung im Schnitt **53 % ihres Einkommens** für die Miete aus.

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) beobachtet die Mietpreisentwicklung für Studierende seit Jahren. **Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen**, stellt hierzu fest: „Dass Studierende durchschnittlich 53 % ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, ist schockierend, aber leider nicht überraschend. Die Mieten steigen seit Jahren, gleichzeitig können wir unsere Arbeitszeit nicht weiter aufstocken. Unsere Hauptaufgabe ist es zu studieren! Die aktuellen Zahlen zeigen, dass es Handlungsbedarf gibt, es braucht nicht nur eine Erhöhung der Wohnkostenpauschale im BAföG, vielmehr müssen die Mieten vernünftig reguliert werden.“

Sie ergänzt: „Studierende leben häufig nur kurzfristig in einer Stadt und wenn sie die Wohnung an die nächste Person übergeben, wird die Miete erhöht, als Studierende*r kann man sich nicht auf einen alten Mietvertrag verlassen. In vielen Hochschulstädten sind die Mieten nahezu unbezahlbar. Das ist besonders problematisch: Nicht jeder Studiengang wird an allen Hochschulstandorten angeboten - dann entscheidet man sich im Zweifelsfall gegen das Studium. Das schränkt natürlich den eigenen Bildungsweg massiv ein. Die derzeitige Mietpreisbremse hilft leider nur bedingt. Es muss nachgeschärft werden. Was wir jetzt schnell brauchen, sind ein Mietenstopp und effektive Werkzeuge gegen Mietwucher!“